



Warum wir einen hohen Preis für billiges Essen zahlen

Teure Umweltschäden

Die Landwirtschaft kann eine breite Palette an Leistungen erbringen, die weit über die Produktion von Lebensmitteln hinausgehen – von der Bewahrung einer gesunden Umwelt bis zur Schaffung einer lebenswerten Kulturlandschaft. Landwirtschaftliche Aktivitäten können aber auch die Umwelt schädigen und dadurch hohe Kosten verursachen. So kann etwa die Belastung von Grundwasser mit Pestiziden die Trink-

wasserversorgung beeinträchtigen oder verstärkte Bodenerosion zu Vermurungen und Überschwemmungen führen. Die Beseitigung dieser Schäden zahlt in der Regel die Allgemeinheit. Die Kosten spiegeln sich nicht im Preis der Nahrungsmittel wider.

UMWELTDRUCK REDUZIEREN

Sauberes Grundwasser, biologische Vielfalt oder eine schöne Landschaft sind öffentliche Güter und besitzen keinen Marktwert, weil sie niemand exklusiv nutzen kann. Eine Gesamtberechnung der Kosten und Leistungen der Landwirtschaft ist schwierig und liegt nicht vor. Das Ausmaß hängt aber wesentlich von der Art der Landwirtschaft ab.

Schätzungen zufolge gehen jährlich weltweit bis zu 20 Millionen Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche als Folge konventioneller Intensivierung (u. a. durch Einsatz von Pestiziden und leichtlöslichen Düngern) verloren. Auch bei der Verursachung von Treibhausgasen



Verstärkte Bodenerosion durch intensive Landwirtschaft kann zu Vermurungen und Überschwemmungen führen. Die Sanierungskosten trägt häufig die Gesellschaft.

Foto: Paul-Georg Meister/pixelio.de

ist die Landwirtschaft beteiligt. Die Emissionen sind in der biologischen Landwirtschaft wesentlich geringer. So werden in der Bio-Tierhaltung bis zu 50 Prozent weniger Treibhausgase freigesetzt.

DER WAHRE PREIS DES ESSENS

In einer Gesamtbetrachtung des Umweldrucks eines Produktes, das die Vorkette des Produktes (d. h. sämtliche Stoff- und Energieflüsse) berücksichtigt, belasten Bio-Lebensmittel die Umwelt weit weniger. Bei den tierischen Bio-Produkten ist der Umweldruck um bis zu 60 Prozent geringer als bei konventionellen. Im Pflanzenbau ist der ökologische Druck um bis zu 80 Prozent niedriger. Die externen Kosten der Bio-Landwirtschaft können daher als erheblich geringer eingestuft werden. Wenn die ökologischen Kosten der Landwirtschaft voll in den Produktpreis einfließen würden, dann wären industriell produzierte Lebensmittel sehr viel teurer.



Rudi Vierbauch, Obmann von BIO AUSTRIA:

„Die Bio-Landwirtschaft maximiert die Leistungen und minimiert die Kosten für die Gesellschaft.“

Editorial

Liebe Leserin,
lieber Leser,

In unserem Wirtschaftssystem gibt es meist keine Bewertung der Folgen umweltschädigender Produktionsweisen. Eine Berechnung dieser Kosten, die häufig von der Gesellschaft getragen werden, ermöglicht, den wahren Preis eines Produktes darzustellen. Wir zeigen, warum dieses Thema auch in Bezug auf die Landwirtschaft wichtig ist (→ Seite 1 und 3).

Aktuell ist gerade das Europäische Saatgutrecht in Überarbeitung. Lesen Sie auf Seite 2, welche Chancen und Gefahren dies für die Förderung der Artenvielfalt bedeutet.

Erfreulich ist jedenfalls das Ergebnis zweier österreichischer Umfragen: 80 Prozent der Bevölkerung sehen in Bio die beste Form der Landwirtschaft. Unter den Bäuerinnen und Bauern besteht das Potenzial zur Verdoppelung der Bio-Betriebe (→ Seite 4). Das lässt uns motiviert ins neue Jahr starten.

Ein erfolgreiches Jahr 2013 wünscht

Ihr BIO AUSTRIA-Team

ÖSTERREICH

Bio-Getreide sicherer

Mykotoxine sind Gifte aus Schimmelpilzen, die für Menschen giftig sein können. Eine mehrjährige Analyse der Landwirtschaftskammer Oberösterreich zeigt, dass Bio-Getreide fast um die Hälfte weniger damit belastet ist. Der Bio-Landbau erreicht dies durch gesunde Fruchtfolge, organische Düngung und Förderung der Verrottung durch ein aktives Bodenleben. In der konventionellen Produktion konnten selbst mit gezielten Pestizidanwendungen die Werte nur annähernd auf das Niveau von Bio gesenkt werden.

EUROPA

Weniger Schutz gegen Patente auf Lebewesen

Das EU-Parlament hat dem sogenannten Einheitspatent zugestimmt. Mit diesem Rechtsakt sollen Patentanmeldungen in der EU einfacher und billiger werden, was zu noch mehr Patenten auf Pflanzen und Tiere führen kann. Dies kann den Züchtungsfortschritt und die Artenvielfalt gefährden (siehe BIO.POLITIK 2/12). Gleichzeitig könnten Klagen von Nichtregierungsorganisationen gegen ungerechtfertigte Patenterteilungen erschwert werden.

GLOBAL

Bio-Soja-Anbau gefährdet

Die Bio-Soja-Ernte von hunderten Bio-Kleinbetrieben in Südbrasilien wurde vor zwei Jahren durch Rückstände des in vielen Ländern bereits verbotenen Pestizids Endosulfan unverkäuflich. Das Gift gelangte von der konventionellen Landwirtschaft in die Umwelt. Finanzielle Einbußen von 650.000 CHF trafen die Bio-Produzenten, obwohl sie die Verunreinigung nicht verschuldet hatten. Inzwischen läuft die Übergangsfrist für das weltweite Verbot von Endosulfan.

Impressum:

P.b.b. Verlagspostamt 1050 Wien. Österreichische Post AG/Sponsoring.Post GZ 09Z0383265. DVRNR 0749923. Medieninhaber und Herausgeber: BIO AUSTRIA, Ellbognerstraße 60, 4020 Linz, www.bio-austria.at, Redaktionsschluss: Dezember 2012. Redaktion: Barbara Waldner, Thomas Fertl, Katharina Gössinger. Grafik: A BISS Z. Druck: Robitschek, 1050 Wien, hergestellt nach den österreichischen Umweltzeichenrichtlinien. Abo-Verwaltung: www.bio-austria.at/BIO.POLITIK

Europäisches Saatgutrecht in Überarbeitung

Agro-Biodiversität in Gefahr



Foto: BLE, Bonn/Thomas Stephan

Die Europäische Kommission arbeitet derzeit an einem Entwurf zur Vereinfachung und Harmonisierung des Saatgutverkehrsrechts. Betroffen ist der Handel bzw. Tausch von Saat- und Pflanzgut. Als eines der Unterziele der Novelle nennt die EU-Kommission die Förderung der Biodiversität.

VERMARKTUNG SETZT SORTENREGISTRIERUNG VORAUS

Derzeit schreibt das Gesetz eine kostspielige Registrierung als Sorte vor, bevor Saat- und Pflanzgut vermarktet werden darf. Zusätzlich muss jegliches Saatgut einer registrierten Sorte auch noch zertifiziert werden, was wiederum Kosten verursacht. Erleichterungen bei der Registrierung bestehen für seltene Sorten (sogenannte Amateur- und Erhaltungssorten). Diese unterliegen beim Handel jedoch starken Mengenbeschränkungen.

BIOLOGISCH GEZÜCHTETE SORTEN BENACHTEILIGT

Das Zulassungssystem ist zudem auf die konventionelle Landwirtschaft zugeschnitten. Biologisch gezüchtete Sorten können oft die Kriterien nicht erfüllen, da sie beispielsweise häufig genetisch nicht so einheitlich sind wie es derzeit für die Sortenregistrierung gefordert wird. Eine gewisse Inhomogenität ist aber durchaus ein Vorteil, weil Pflanzenbestände dadurch resistenter gegen Krankheiten und Schädlinge sind. Genetisch zu einheitliche Sorten sind hingegen oft auf den Einsatz von Pestiziden und Mineraldünger ausgelegt, was die Umwelt belastet und zu Abhängigkeit von Agrarkonzernen führt.

WAHLFREIHEIT STATT REGISTRIERUNGSPFLICHT

Die verpflichtende Zulassung von Sorten vor der Vermarktung wird damit begründet, dass nur so die für hohe Produktivität notwendige Saatgutqualität sichergestellt werden kann. Diesem sehr engen Verständnis von Wirtschaftlichkeit könnte auch im Rahmen einer freiwilligen Zulassung genüge getan werden. Damit wäre es dann aber auch möglich, dass kleine Züchter ihre Sorten ohne aufwendige und teure Registrierung und Zertifizierung sowie auch ohne Mengenbeschränkungen auf den Markt bringen. Dies könnte das Angebot an biologisch gezüchteten Sorten deutlich erhöhen. Die abnehmenden Landwirtinnen und Landwirte könnten aber auch bei einem freiwilligen Zulassungssystem jene Sorten wählen, die für ihre Zwecke am besten geeignet sind.

SORTENVIELFALT IST ERNÄHRUNGSSICHERHEIT

Auf dem Saatgutmarkt hat in den letzten Jahrzehnten eine extreme Konzentration stattgefunden. Inzwischen bestimmen nur mehr rund zehn multinationale Konzerne über mehr als 70 Prozent des globalen Angebots. Sie bestimmen, welches Saatgut zu welchen Preisen auf den Markt kommt und somit welche Nahrungsmittel produziert werden. Dies ist eine große Gefahr für die Ernährungssouveränität und die Agro-Biodiversität.

Die aktuelle Revision des Europäischen Saatgutrechts ist eine große Chance, endlich unnötige Hürden beim Handel mit Saat- und Pflanzgut abzubauen. Auch die Rechte der Bäuerinnen und Bauern auf Austausch und Handel von eigenem Saatgut – sei es als Erhalter seltener und traditioneller Kulturpflanzen oder als Züchter neuer Sorten – müssen deutlich gestärkt werden. Wenn man die Förderung der Biodiversität als Ziel der anstehenden Novelle des EU-Saatgutverkehrsrechts ernst nimmt, dann muss sich das EU-Recht von einer Verhinderungs- zu einem Förderungsinstrument für pflanzengenetische Ressourcen wandeln.

Vorsorgen billiger als reparieren

Wenn die Kosten für die von Unternehmen verursachten Umweltschäden von der Gesellschaft getragen werden, dann führt dies zu Wettbewerbsvorteilen gegenüber einer umweltfreundlicheren Produktionsweise. Dieses Problem hat dazu geführt, dass die Anwendung des Vorsorgeprinzips und die „Internalisierung“ externer Kosten gefordert wird.

Die Studie „The Economics of Ecosystems and Biodiversity“ (TEEB), die von der EU-Kommission im Jahr 2007 initiiert wurde, hat tausende Studien und Beispiele analysiert, wie Zahlungen für Ökosystemdienstleistungen zu einer besseren Bewahrung des Naturkapi-

tals führen (siehe Interview). Neben dem Eigenwert der Natur wird auch der ökonomische Wert von Natur dargestellt. Der Verlust biologischer Vielfalt gefährdet zunehmend die Lebensgrundlagen. So werden z.B. 10.000 bis 20.000 Pflanzenarten für Arzneien verwendet. Die Ökosystemdienstleistungen gesunder Böden sind etwa der Schutz vor Überschwemmungen und die Speicherung großer Mengen CO₂, was dem Klimawandel entgegenwirkt. Solange die ökologischen Kosten der Landwirtschaft nicht in den Produktpreis einfließen, bedarf es der Abgeltung von Umweltschutzleistungen, um die entstehenden Wettbewerbsverzerrungen auszugleichen.

Teure Umweltschäden

- Global betragen die Durchschnittskosten von Unwetterereignissen – einschließlich Trockenheit, Extremtemperaturen und Großflächenbrände – jährlich 9,39 Mrd. USD (ZEF 2011).
- Ohne die Bestäuberleistung von Bienen und anderen Insekten würden erhebliche Ernteverluste auftreten. Der ökonomische Nutzen der natürlichen Bestäuber wird weltweit auf über 150 Mrd. Euro geschätzt (TEEB).
- Die globalen Kosten der Bodenerosion betragen 400 Mrd. USD pro Jahr. Dies schließt etwa Hochwasserschäden mit ein oder Energiekosten, die für den Einsatz von Düngemitteln infolge der Reduktion der natürlichen Bodenfruchtbarkeit, anfallen (ZEF 2011).

INTERVIEW

BIO.POLITIK hat mit Dipl.-Volkswirt Christoph Schröter-Schlaack, einem der wissenschaftlichen Koordinatoren der Studie „The Economics of Ecosystems and Biodiversity“ (TEEB), darüber gesprochen, wie der Wert der Natur auch ökonomisch berücksichtigt werden kann.

Sie haben an der TEEB-Studie mitgearbeitet. Haben Sie sich auch mit den Kosten auseinandergesetzt, die die Landwirtschaft verursacht und die von der Gesellschaft getragen werden?

Diese Studie hat sich nicht explizit mit den externen Kosten der Landwirtschaft auseinandergesetzt. Das Thema ist aber sehr relevant, z. B. die Frage, auf welchen Böden Landwirtschaft betrieben werden soll. In Deutschland werden hierzu in größerem Umfang Moorböden genutzt. Dabei wird viel CO₂ freigesetzt. Es müssen laufend Schöpfungsbilanzen durchgeführt werden, um die Böden trocken genug zu halten. Das wird überwiegend aus öffentlichen Geldern bezahlt. Wenn die Bauern selbst die Trockenhaltungskosten übernehmen müssten, würde sich die Landwirtschaft oft nicht mehr lohnen. Das ist ein Beispiel, wo eine Bewirtschaftung weder ökonomisch noch ökologisch sinnvoll ist.

Wie kann man externe Kosten messen und warum ist das sinnvoll?
Es gibt beispielsweise Studien über

die Folgen des Stickstoffaustrages durch die Landwirtschaft. Über diese Daten kann man die Höhe der Folgeschäden für Gewässer und Böden abschätzen.

Bei vielen Investitionsentscheidungen wird nur errechnet, wie viel ein Projekt erwirtschaftet, die Umweltschäden werden aber nicht genügend beachtet.

Wenn z. B. im Zuge des Straßenbaus ein Stück Wald abgeholzt wird, sollte man vorab auch eine Vorstellung über den Nutzen der verlorengegangenen Leistungen des Waldes haben, etwa die höheren Schäden im Falle eines Hochwassers oder eine verschlechterte Wasserqualität. Erst dann kann man wirklich entscheiden, ob das Projekt sinnvoll ist.

Wie sehen Sie die Bio-Landwirtschaft in diesem Zusammenhang?

Bei der Bio-Landwirtschaft fallen durch die Wirtschaftsweise weniger externe Kosten an. Bei den konventionellen Betrieben versucht man negative Effekte zu reduzieren, indem man sie über Cross Compliance und Agrarumweltprogramme dazu motiviert, höhere Umweltstandards einzuhalten.

Ich denke es ist unumstritten, dass die Bio-Landwirtschaft hier Vorteile hat, sei es wegen der geringeren Schadstoffausträge oder der für die Böden günstigeren Bewirtschaftung.



Foto: Andre Künzelmann

Christoph Schröter-Schlaack, UFZ

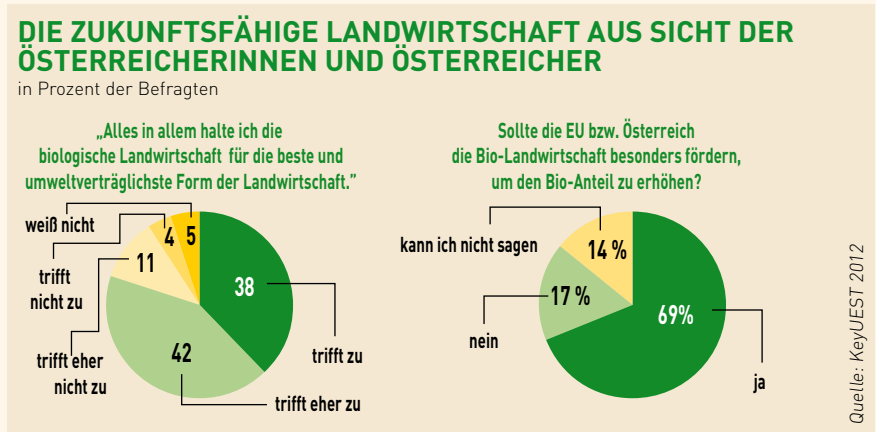
Wie sieht es mit der politischen Umsetzung der Erkenntnisse über externe Kosten aus?

In der Diskussion um die neue Periode der Gemeinsamen Agrarpolitik wird unter dem Stichwort Greening diskutiert, die allgemeinen Umweltschutzaufgaben zu erhöhen. Viele Experten finden es aber sinnvoller, die ambitionierteren Agrarumweltprogramme zu stärken. In Deutschland ist es noch relativ fremd, den ökonomischen Nutzen von Naturleistungen zu ermitteln. Unsere Studie „Naturkapital Deutschland“ (www.naturkapital-teeb.de) soll hierfür sensibilisieren. In Großbritannien ist es hingegen schon üblich, die Kosten aus der Zerstörung von Naturleistungen in Entscheidungen über öffentliche Investitionsprojekte zu berücksichtigen.

Christoph Schröter-Schlaack ist Diplom-Volkswirt und arbeitet am Helmholtz Zentrum für Umweltforschung (UFZ) in Leipzig.

Mit Bio in die Zukunft

Umweltschonende Produktion, keine oder geringe Verwendung von Pestiziden und Kunstdünger, Gentechnikfreiheit und biologische Produktion, das sind für die Österreicherinnen und Österreicher laut einer aktuellen, von KeyQUEST Marktforschung im Auftrag von BIO AUSTRIA erstellten Meinungsumfrage, die wichtigsten Merkmale für die Landwirtschaft der Zukunft. 80 Prozent der Bevölkerung halten die Bio-Landwirtschaft insgesamt für die beste und umweltverträglichste Form der Landwirtschaft.



ABGELTUNG VON UMWELT-LEISTUNGEN BEFÜRWORTET

Eine hohe Zustimmung findet die Abgeltung von landwirtschaftlichen Leistungen: 83 Prozent befürworten, dass Bäuerinnen und Bauern weiterhin Zahlungen als Ausgleich für die Erbringung von Umweltleistungen und von damit verbundenen Produktionsnachteilen erhalten. Für eine besondere Förderung von Bio-Betrieben, um den Anteil der Bio-Landwirtschaft in Österreich weiter zu erhöhen, sprechen sich konkret 69 Prozent aus.

GROSSES POTENZIAL FÜR BIO

Derzeit werden fast 20 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen Österreichs biologisch bewirtschaftet. Laut einer Umfrage der KeyQUEST Marktforschung vom Frühjahr 2012, werden von den konventionellen Bäuerinnen und Bauern Österreichs sechs Prozent „sehr sicher“ und 27 Prozent „eventuell“ im Jahr 2014 mit dem Start der neuen EU-Förderperiode auf die Bio-Landwirtschaft umsteigen. Unter der Annahme, dass zusätzlich zu den sechs Prozent, die „sicher“ umstellen wollen,

die Hälfte der Betriebe, die „eventuell“ umstellen wollen, tatsächlich auf Bio umstellt, steigt die Zahl der Bio-Betriebe von knapp 22.000 auf über 47.000.

Die Ergebnisse beider Umfragen sind ein klarer Auftrag an die Agrarpolitik, das Umsteigerpotenzial voll auszuschöpfen und mittelfristig eine Verdoppelung des Bio-Anteils anzupeilen. Um dies zu erreichen, muss in der kommenden Förderperiode ein Schwerpunkt für die biologische Landwirtschaft gesetzt werden, sowohl bei den flächenbezogenen Umweltmaßnahmen als auch im Rahmen der Bildung, Beratung, Informations- und Absatzförderung, Investitionen, Innovation und Kooperation.

Die Versuche, das EU-Budget für die Landwirtschaft drastisch zu kürzen, widersprechen massiv den Anliegen der Gesellschaft an eine zukunftsfähige Landwirtschaft. Als Gegenleistung für Agrarförderungen wird von 88 Prozent der Bevölkerung eine umweltschonende Produktion naturbelassener Lebensmittel erwartet. Die Ökologisierung der gemeinsamen Agrarpolitik der EU ist daher unabdingbar, um den hohen gesellschaftlichen Rückhalt für Agrarförderungen langfristig zu erhalten.

Retouren an BIO AUSTRIA, Theresianumgasse 11, 1040 Wien

